

Matthias Machnig

Wirtschaftspolitik neu orientieren

Es scheint paradox: Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ist hoch, die deutsche Wirtschaft entwickelt sich robust und die Beschäftigung erreicht Rekordwerte. Unser Land gehört zu den Wachstumslokomotiven Europas und findet weltweit Beachtung. Unsere Soziale Marktwirtschaft gilt als vorbildlich, weil sie es schafft, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen auszugleichen.

Und dennoch ist das Image unserer Wirtschaft hierzulande stark verbesserungsfähig: Laut Allensbach-Berufsprestige-Skala bewerten nur 21 % der Bevölkerung die Arbeit der Unternehmerinnen und Unternehmer als positiv. Durch die jüngste Krise hat sich eine Skepsis gegenüber der Wirtschaft und ihren Akteuren herausgebildet, die bis heute anhält.

In dieser Situation bieten sich auch für die SPD Chancen für neue Allianzen und Kompetenzgewinne. Sie kann sich als kluge Vermittlerin profilieren. Und eine kürzlich von Franz Walter und Stine Marg vom Göttinger Institut für Demokratieforschung veröffentlichte Studie (*Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen*) zeigt, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik durchaus einiges zutrauen.

Diese positive Haltung muss zum Anlass genommen werden, Verantwortung zu übernehmen und eine mutige, wirtschaftspolitische Richtungspolitik zu betreiben. Die Zeit ist günstig, denn die Nichtbehandlung von Wirtschaftspolitik durch die letzte Bundesregierung hat dieses politische Feld zu einem weißen Blatt Papier werden lassen, das viel Platz für Gestaltung lässt. Deshalb ist es von herausragender strategischer Bedeutung, dass die SPD das Bundeswirtschaftsministerium als Schlüsselressort besetzt und dieses Vakuum füllen kann.

Es ist Zeit für eine wirtschaftspolitische Neuorientierung, denn begünstigende Faktoren wie der schwache Euro und das billige Öl werden unsere Wirtschaft nicht dauerhaft beflügeln. Zudem lassen sich Weichenstellungen am besten in guten Zeiten vornehmen, dann also, wenn die notwendigen Spielräume dafür vorhanden sind.

Allerdings handelt es sich hierbei um einen Prozess, der Zeit braucht. Es wird noch eine ganze Weile dauern, bis das alte wirtschaftspolitische Denken überwunden sein wird: Markt oder Staat, Wachstum oder Konsolidierung, Verteilung oder Effizienz, Flexibilität oder Sicherheit, Angebots- oder Nachfragepolitik – viel zu lange wurde in vermeintlichen Widersprüchen gedacht und damit Blockaden aufgebaut und Gestaltungsspielräume eingeschränkt.

Für die Wirtschaft von morgen muss zunächst ein neuer normativer Rahmen geschaffen werden. Dafür müssen Realitäten anerkannt, Instrumente angepasst und alte Dogmen überwunden werden. Zweitens müssen die ökonomischen Megatrends adressiert und inklusive Systeme aufgebaut werden. Das Ziel ist eine leistungsstarke Wirtschaft in einer offenen und gerechten Gesellschaft.

Wirtschaft war und ist keine von Politik und Gesellschaft separierte Sphäre. Menschen haben schon lange bevor es Geld gab *Realitäten anerkennen* Waren ausgetauscht. Wirtschaftspolitik muss wieder als soziales Phänomen verstanden und als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe betrieben werden.

Von Ludwig Erhard wissen wir, dass Wirtschaft zu 50 % Psychologie ist. Und selbst Adam Smith, der Gründer der modernen Volkswirtschaftslehre, auf den die Mathematisierung und Rationalisierung der Wirtschaftswissenschaften zurückzu-

führen ist, schreibt in *Wohlstand der Nationen*, dass »keine Gesellschaft gedeihen und glücklich sein [kann], in der der weit-aus größte Teil ihrer Mitglieder arm und elend ist«.

Auf den Punkt gebracht: Es sind Menschen und nicht statistische Größen, die Bedürfnisse haben, leben, konsumieren und produzieren und auf diese Weise gesellschaftliche Ordnungen strukturieren. Die Betrachtung des ökonomischen Geschehens als Teilaspekt des Lebens ist deshalb keine akademische Übung und auch keine Abwertung von Wirtschaft, sondern eine Wiederannäherung an die Realität.

Wer diese Rückbesinnung vollzieht, wird auch die aktuellen Entwicklungen besser verstehen können. Man denke nur an die *Sharing Economy*. Der Trend zum »Nutzen statt Besitzen« bedeutet für viele: nachhaltig und effizient zu konsumieren, gleichzeitig andere zu unterstützen, selber Geld zu sparen und Ressourcen zu schonen. Dies ist das Lebensgefühl der jungen, internet-affinen Generation, der sogenannten »Generation Y«, die zudem Aspekte wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Vordergrund stellt.

Damit Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften sich stärker an der Realität orientieren können, müssen sie ihre Instrumente so modernisieren, dass

sie im Einklang mit der Empirie stehen.

Instrumente schärfen, alte Dogmen überwinden

Keine Frage: Mathematische Modelle sind als Grundlage für wirtschaftliche Analysen und Projektionen unverzichtbar. Aber gleichzeitig ist das wirtschaftliche Geschehen viel zu komplex, als dass es einfach in ein Modell gezwängt werden könnte. Spontane Entwicklungen beispielsweise werden einfach ausgeblendet. Auch hat keines der gängigen Modelle die bisherige Krise vorausgesehen.

Vor allem die Vorstellung des immer rational handelnden, weil immer vollumfänglich informierten *homo oeconomicus*,

ist infrage zu stellen. Denn erstens heißt rational zu handeln ja nicht automatisch, eigennützig zu handeln. Vielmehr kann man auch rational sozial handeln, also altruistisch sein. Und zweitens handeln Menschen durchaus auch irrational oder sind schlecht informiert. Beides zusammen hatte einen wesentlichen Einfluss auf den Ausbruch der letzten Krise.

Das heißt, dass wir den Blick auf Wirtschaft nicht weiter verengen dürfen, indem wir sie als eine auf unumstößlichen Gesetzen beruhende Naturwissenschaft betreiben. Der Ökonom Tomáš Sedláček fordert in seinem neuen Buch (*Revolution oder Evolution. Das Ende des Kapitalismus*; zus. mit David Graeber) folgerichtig: »Bringen wir den menschlichen und andere Aspekte wieder auf den Tisch und verbinden wir sie mit der technischen, mathematischen Seite der Wirtschaftswissenschaften.« Dafür müssen wir neue Verfahren entwickeln.

Ein falsches Verständnis von Ordnungspolitik hat viel zu lange die Wirtschaftspolitik in Deutschland geprägt. Dabei schwebte Walter Eucken doch keineswegs vor, dass Märkte vollends sich selbst überlassen werden sollten, um optimal zu wirken. Stattdessen sollte nach seiner Auffassung die Wirtschaftsordnung in dem Sinne gestaltet werden, dass sowohl individuelle Freiheit als auch soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Interessen nicht nur geachtet werden, sondern als treibende Kraft für den ökonomischen Erfolg ihre volle Wirkung entfalten können.

Ein Markt, das würde nie ein intelligenter Ordnungspolitiker in Zweifel ziehen, kann aus sich heraus ohne staatliche Eingriffe, also ohne das Setzen der notwendigen Leitplanken, niemals optimal sein, denn er neigt zu Kapitalkonzentration und Monopolbildung.

In diesem Sinne ist Ordnungspolitik sehr nah an dem dran, was wir unter strategischer oder aktiver Wirtschaftspolitik verstehen und was letztlich das Erfolgsrezept sogar des Silicon Valleys ist. Die

amerikanisch-italienische Ökonomin Mariana Mazzucato stellt das in ihrem aktuellen Buch (*Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*) anschaulich dar: Der Welterfolg von Apple und anderen gründet auf Technologien und Rahmenbedingungen, die durch die öffentliche Hand gefördert und bereitgestellt wurden. Smarte junge Erfinder haben die Möglichkeiten genutzt und wurden dabei vom Wagniskapital weitsichtiger Investoren unterstützt.

Es geht also um die richtigen Rahmenbedingungen, um intelligente Anreize, um das Setzen von Benchmarks im Abgleich mit politischen Zielen und um Industriepolitik für die Zukunftssektoren. Es geht um Transparenz und Aufklärung für mündige Verbraucherentscheidungen bzw. – verhaltensökonomisch ausgedrückt – um »Nudging«, also um das sanfte Beeinflussen, das Richtige zu tun. Um nichts anderes handelt es sich, wenn wir zum Beispiel steuerliche Anreize für die energetische Gebäudesanierung oder Sonderabschreibungen für Elektrofahrzeuge für sinnvoll erachten.

Um weit in die Zukunft zu blicken, muss Deutschland sich zudem öffnen und Barrieren einreißen – gesellschaftlich wie wirtschaftlich. Wir müssen

Inklusive Systeme schaffen Aufstiegs-gesellschaft sein, uns konsequent für alle neuen Lebensmodelle und Erwerbsbiografien einsetzen, die Toleranz gegenüber religiöser Zugehörigkeit und gleichgeschlechtlichen Ehen erhöhen und vieles mehr. Vor allem auch müssen wir eine Außenöffnung vollziehen. Dass derzeit so viele Menschen nach Deutschland kommen wollen, ist für uns auch wirtschaftlich eine große Chance. Ein Zuwanderungsgesetz würde die notwendige Orientierung und Rechtssicherheit geben, um diese Entwicklung zu unterstützen.

Wichtig ist zudem, dass Deutschland seinen Charakter als offene Volkswirtschaft erhält. Wir haben eine Außenhan-

delsquote von 75 %, knapp jeder zweite Euro unserer Wirtschaftsleistung beruht auf Ausfuhren, jeder vierte Arbeitsplatz im Land hängt unmittelbar vom Export ab, in der Industrie sogar jeder zweite. Deshalb bemühen wir uns beispielsweise auch so intensiv darum, dass ausgewogene Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada zustande kommen.

Auch muss Deutschland die europäische Integration vorantreiben. Die Ökonomen Henrik Enderlein und Jean Pisani-Ferry haben gute Vorschläge gemacht, wie wir zunächst gemeinsam mit unserem Partner Frankreich erste Schritte auf dem Weg zu einem ökonomischen Schengen machen können. Es geht darum, in einem Bottom-up-Prozess »Branchen ohne Grenzen« zu schaffen, damit unterschiedliche Regulierungen nicht weitere Geschäftsmodelle behindern und die Chancen europäischer Champions auf den Weltmärkten minimieren. Zu diesen Branchen gehören vor allem die Bereiche Digitales, Energie und Arbeitskräftemobilität.

Wir müssen weiterhin aktiv unsere Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsselbranchen steigern und neue Megatrends adressieren. Außer den gerade genannten Themen gehören dazu noch der Klimawandel, die demografische Entwicklung, die Globalisierung und die Modernisierung unserer Infrastrukturen.

All diese ökonomischen Leitthemen erfordern es, dass wir unsere Investitionstätigkeit erhöhen. Deswegen ist es gut, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat, dass in Deutschland fortan eine gesamtstaatliche Investitionsquote erreicht werden soll, die dauerhaft über dem OECD-Durchschnittsniveau liegt. Hier geht es um die Mobilisierung von vielen zusätzlichen Milliarden Euro jährlich.

Erforderlich ist ein Mindestniveau an Investitionen, welches dafür sorgt, dass in Deutschland immer mehr investiert wird als

*Ökonomische
Megatrends
adressieren*

an öffentlichen Vermögenswerten verfällt. Das Ziel ist, die verengte Sicht allein auf die Konsolidierung des Haushaltes zu überwinden und für eine Symmetrie von Konsolidierung und Wachstumsimpulsen zu sorgen. Ob wir hier, wie von der Fratzscher-Kommission vorgeschlagen, in der aktuellen politischen Konstellation eine stärkere Selbstbindung des Staates hinbekommen, bleibt abzuwarten. Sinnvoll wäre es ohne Frage, wenn höhere Einnahmen prioritär für Investitionen verwendet würden.

Aber auch so haben wir die Trendwende eingeleitet: 15 Milliarden Euro zusätzlich für Verkehr, energetische Gebäudesanierung, digitale Infrastruktur, Städtebauförderung und Strukturpolitik sowie weitere 15 Milliarden Euro Entlastung und direkte Hilfe für die Länder und Kommunen stehen hier zu Buche. Wichtig ist vor allem, die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhöhen, denn hier werden 60 % aller öffentlichen Investitionen getätigt. Deshalb ist der von uns durchgesetzte kommunale Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro als Teil des Paketes so wertvoll.

Damit hat die öffentliche Hand wichtige Voraussetzungen geschaffen. Die Fratz-

scher-Kommission hat Vorschläge vorgelegt, wie diese Bemühungen durch privates Kapital flankiert werden können. Die Optionen werden nun geprüft. Entscheidend ist, dass wir vorankommen bei der Mobilisierung von Wagniskapital, bei der Förderung von Start-ups und Unternehmen in der Wachstumsphase, beim Ausbau der Breitbandversorgung und bei Investitionen zur Verschmelzung der digitalen und realen Produktionswelt zu Industrie 4.0.

Die Chancen insbesondere bei Industrie 4.0 sind riesig. Durch die Digitalisierung kann der Produktionsstandort Deutschland modernisiert und damit gestärkt werden. Langfristig besteht sogar die Möglichkeit des sogenannten »Reshoring«, einer Rückverlagerung von Industriearbeitsplätzen nach Deutschland im Zuge der Industrie 4.0-Entwicklung. Dafür müssen aber vor allem kleine und mittlere Unternehmen noch für die Chancen und Risiken der Digitalisierung sensibilisiert werden. Dies ist eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik für morgen. Wir sind auf einem guten Weg, sie zu meistern und müssen den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.



Matthias Machnig

ist Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Zuvor war er u.a. Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie und Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

buero-st-m@bmwi.bund.de

Elmar Altvater

Die »krasse Utopie« des Freihandels und die solare und solidarische Alternative

Der Weltmarkt ist spätestens seit dem 15. Jahrhundert »in der Mache«, allerdings in sehr widersprüchlicher Weise, auf die Fernand Braudel in seiner dreibändigen *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts* aufmerksam macht. Die Ökonomie weitet sich

mit den »großen Entdeckungen« seit dem Ende des 15. Jahrhunderts zur modernen kapitalistischen Weltwirtschaft aus und fast zeitgleich wird in den Verhandlungen über den Westfälischen Frieden von Münster und Osnabrück 1648 das moderne Sys-